

# Grand Hotel am Abgrund

## Die Demokratie in der Wachstumsfalle

*Michael Müller*

„Irgendetwas geht seinen Gang“, antwortet in Samuel Becketts Endspiel der Diener Clov auf die angstvolle Frage seines Herrn, was eigentlich vor sich geht? „Irgendetwas“ passiert auch heute, etwas noch nicht genau Einschätzbares, was selbst mit der Finanzkrise, dem Klimawandel oder der Ölkatastrophe nur unzureichend beschrieben ist. Diese tiefen Einschnitte müssen in einem Zusammenhang gesehen werden, als Folge des falschen Mythos der europäischen Kultur, Fortschritt als Naturbeherrschung und grenzenloses Wachstum zu definieren.

Die Fixierung auf Wachstum hat in die Krise geführt und wird auch in die nächste führen, wenn sie das Denken und Handeln weiter beherrscht. Denn: Für das Wirtschaftswachstum werden viel zu hohe Emissionen der Treibhausgase in Kauf genommen. Die Finanzkrise entstand, weil in der Stagflation Ende der siebziger Jahre Wachstum durch die Liberalisierung der Finanzmärkte stimuliert werden sollte. Ein permanenter Import- oder Exportüberschuss fördert zwar Wachstum, schafft aber gefährliche Ungleichgewichte. Die Staatsschulden liegen nicht nur an den unzureichenden Einnahmen, sondern weil sie den stetigen Rückgang des Wirtschaftswachstums aufhalten sollten. Und die heraufziehende Ressourcenkrise, die durch den Peak Oil den gesamten fossilen Verkehr in Frage stellt, hat ihre Ursache in dem ungezügelten Verbrauch.

Wir erreichen die Grenzen des Wachstums. Es kann kein Weiter so geben. Damit stellt sich in aller Schärfe wieder die alte Frage: „Wie ist Fortschritt möglich?“. Ein Fortschritt, der nicht mehr von Naturvergessenheit und bedingungslosem Wachstum ausgeht. An der Antwort entscheidet sich nicht nur die Reformfähigkeit unseres Landes, sondern auch welche Rolle Europa künftig in der Welt spielen wird. Ob der Bedeutungsverlust, der sich bereits zeigt, gestoppt werden kann oder die EU zu einer gestaltenden Kraft in der globalen Welt wird.

Europas Aufstieg war mit der Epoche des Wachstums verbunden. Das europäische Modell hat durch die utopischen Entwürfe der Aufklärung die Welt geprägt. Wachstum mit Fortschritt gleichzusetzen, das war das Rezept für die Probleme der Gegenwart und die Hoffnung auf eine gute Zukunft. Hohes Wachstum wurde zum Heilsversprechen der westlichen Moderne, der Verwirklichung von Freiheit und Emanzipation.

Doch mit dem Substanzverzehr der gemeinschaftlichen Güter und der fortschreitenden Verschmutzung der Erde geht uns die Zukunft verloren. Die Sucht nach höherem Wachstum hat auch die Finanzgier gefördert, die 2008 in die zweite große Weltwirtschaftskrise führte. Und selbst bei der sozialen Ungleichheit oder der Arbeitslosigkeit, die lange Zeit mit Hilfe von Wachstum entschärft werden konnten, funktioniert es nicht mehr.

Ganz gleich, ob wir es wahr haben wollen oder nicht, die unerfreuliche Erkenntnis heißt: Eine Fortsetzung des bisherigen Wachstums wäre ökologisch verheerend, ökonomisch immer weniger machbar und reichte von daher auch nicht aus, die sozialen Herausforderungen zu bewältigen. Die Vision von Vaclav Havel, das soziale und demokratische Europa jenseits des Dschungels des freien Marktes und diesseits eines totalitären Zoos, verschwindet unter Finanzgier und Naturvergessenheit.

Das Ende der Wachstumsära kommt zusammen mit der Neuordnung der Welt. Wahrscheinlich war die Schuldenorgie zur Eindämmung der Bankenkrise das letzte Aufbäumen der niedergehenden Epoche. Insofern sind die beiden Kontrahenten auf dem Gipfel von Toronto, US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel, keine

überzeugenden Krisenmanager, sondern die Repräsentanten einer abtretenden Zeit.

Weder ist es möglich, was Washington will, den alten Kurs der Wachstumsförderung mit aller Macht fortzusetzen, noch kann der Verzicht auf politische Gestaltung durch die Selbstbeschränkung des Staates, mit der die Bundesregierung unser Land und Europa lähmt, eine befriedigende Antwort sein.

Die Weichen werden seit den siebziger Jahren falsch gestellt. Damals wollte Helmut Schmidt von den ökologischen Grenzen des Wachstums nichts hören. Er siegte über Erhard Eppler, der den Umbau forderte. Viel Zeit wurde verloren. „Global 2000“, der Öko-Plan für die Neuordnung der Welt, den US-Präsident Jimmy Carter in Auftrag gab, verschwand unter dem Druck der amerikanischen Energiekonzerne schnell wieder in der Schublade. Beide, Carter wie Schmidt, sahen durch mehr Umweltschutz wirtschaftliches Wachstum und damit angeblich viele Arbeitsplätze gefährdet.

Altes Denken triumphierte - und tut es bis heute. Zuletzt scheiterte der UN-Klimagipfel in Kopenhagen, weil die großen Industrie- und Schwellenländer noch immer ihre Wachstumsinteressen über die Verantwortung für die Welt stellen. Dafür werden ganze Regionen, vornehmlich arme Länder in Afrika und Ozeanien, geopfert, die von der bereits nicht mehr zu verhindernden Erderwärmung massiv betroffen sein werden.

Sinkende Wachstumsraten waren Ende der siebziger Jahre auch in Großbritannien und später in den USA der Grund für die konservative Revolution. Die Haupttäter, die eine Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung durchsetzten, hießen Margret Thatcher und Ronald Reagan. Um ihren angeschlagenen Volkswirtschaften mehr Dampf zu machen, befreiten sie die Banken von den Fesseln, die in der Nachkriegszeit ihre Marktmacht halbwegs in sozialen Grenzen gehalten hatten. Die Wall-Street übernahm das Kommando und demontierte die wohlfahrtsstaatliche Demokratie. Für kurzfristige Wachstumsziele unterwarf sich die Politik den Interessen der Finanzinstitute und Rating-Agenturen. Und sie wusste, was sie tat.

Die falsche Einschätzung der Wachstumsmöglichkeiten führte, zumal unter den Bedingungen offener Märkte, in die heutigen Krisen. In der Wirtschaft koppelten die Banken die Gewinnziele von der realen Leistungskraft der Wirtschaft ab. Beim Klimawandel wird die Belastbarkeit der Natur systematisch missachtet. Und die Katastrophe im Golf von Mexiko ist die Konsequenz aus höchst riskanten Tiefseebohrungen, mit denen die sinkenden Fördermengen aus den traditionellen Ölfeldern um jeden Preis noch für eine Zeitlang kompensiert werden sollen.

Wir tun uns schwer, die Wahrheit zu begreifen. Vielleicht, weil die Herausforderungen so groß sind, dass uns schon ihre schiere Komplexität überfordert. Vielleicht, weil der Einschnitt zu tief ist, weil es längst nicht mehr um Teilkorrekturen geht. Auf jeden Fall, weil der politische und öffentliche Diskurs weit hinter den intellektuellen Anforderungen unserer Zeit zurückbleibt. Und weil vielen der Akteure machtpolitische Spielchen und parteitaktische Vorteile wichtiger sind als offene Debatten und die unbequeme Übernahme von Verantwortung.

Die Folge ist eine Verarmung und Entleerung der Demokratie. „Die Worte, deren sich doch die Zunge bedienen muss, um irgendwelches Urteil an den Tag zu geben, zerfallen im Mund wie modrige Pilze“, beschrieb Lord Chandos in seinem fiktiven Brief an den Aufklärer Francis Bacon die Unfähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen und auszusprechen. Das aber ist die Aufgabe der Politik.

Nicht nur in der weit verbreiteten Untergangsstimmung des Fin de Siecle, vor dem heraufziehenden ersten Weltkrieg, auf die sich Hugo von Hofmannsthal bezog, auch heute scheinen wir blind zu sein für das, was sich unter der Oberfläche abspielt, für die richtige Deutung der längerfristigen Entwicklungstendenzen.

Deshalb droht, dass die düstere Prognose Theodor Adornos über den Spätkapitalismus aus dem Jahr 1968 in Erfüllung geht: „Mit der „totalen Expansion des Kapitals läuft die falsche Identität zwischen der Einrichtung der Welt und ihren Bewohnern auf Verhältnisse hinaus,

deren Nutznießer man fast vergeblich sucht.“

Das Grand Hotel Europa steht am Abgrund, weil es in den letzten Jahrzehnten nicht grundlegend renoviert wurde. Und weil die unzureichenden Versuche unzureichend blieben. Nach einer langen Periode des Aufstiegs, der Entfaltung gewaltiger Kräfte, der Verselbständigung des Individuums und nach einer ungeheueren Ausbreitung der Macht über die Natur treibt die Menschheit auf eine tiefe Krise zu, wenn es nicht schnell zu einer neuen, zu einer zweiten Phase der Aufklärung kommt.

Die allmähliche Gewinnung von Freiheit, ohne dass dieser Prozess je zu Ende geht – das war die Idee der ersten Aufklärung für Emanzipation und Fortschritt. Für Immanuel Kant war sie der „Ausgang des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Die europäischen Ideen entstanden allerdings in einer Welt, die mit der heutigen nicht vergleichbar ist. Beide damaligen Grundlagen für Fortschritt – Wachstum und Naturbeherrschung – passen nicht in unsere Zeit und in unsere Welt. So waren die Ideen richtig und falsch zugleich.

In der Aufklärung wurden Geist und Natur als Gegensatz hingestellt. Im christlich-jüdischen Monotheismus sind Schöpfer und Schöpfung voneinander getrennt. Diese Annahme wurde von der Aufklärung im Gegensatz „Mensch – Natur“ radikalisiert. So ist auch der berühmte Satz von Francis Bacon „Wissen ist Macht“ zu verstehen. Man müsse „die Natur auf die Folterbank des Experiments spannen, um ihre Geheimnisse zu entreißen“.

Für René Descartes waren das „siegreiche Schlachten“, tatsächlich aber ein langsamer Zerstörungskrieg gegen die Natur. Für ihn war die Erde ein Ge- und Verbrauchsgegenstand. Was in der Geschichte der Philosophie „instrumentelle Vernunft“ genannt wurde, war tatsächlich eine „Besitz ergreifende Vernunft“.

Die zweite instrumentelle Säule der Aufklärung, die nicht zufällig in der Zeit des Kolonialismus entstand, ist „immer mehr haben“, das mit dem Ziel von Freiheit und Gleichheit gerechtfertigt wurde. John Locke, auf dessen Freiheitsideen sich die französische Verfassung und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung beziehen, leitete Wachstum als freiheitliche Besitzvermehrung aus dem Ziel der Gleichheit ab. Er machte hohes Wachstum sogar zu einem Indiz für die Erwähltheit des Menschen durch Gott.

Der Egoismus fegte berechtigte Zweifel weg. John Stuart Mill, der vielleicht größte Wirtschaftstheoretiker des 19. Jahrhunderts stellte nämlich die Frage: „Ich weiß nicht, warum es ein Grund zum Feiern sein soll, wenn ein Mensch, der sowieso schon reicher ist, als irgendjemand sein muss, die Möglichkeit erhält, den Konsum von Dingen zu verdoppeln, die ihm wenig oder gar kein Vergnügen bereiten, abgesehen davon, dass sie seinen Reichtum repräsentieren.“

Emanzipation und Freiheit sind und bleiben große Ziele, die noch immer nicht verwirklicht sind. Doch der Weg muss anders aussehen als in der Gedankenwelt der ersten Aufklärung. Denn:

Nach dem Living Planet Index ging in den letzten 35 Jahren knapp ein Drittel des biologischen Reichtums der Wälder, Flüsse und Meere verloren. 60 Prozent der Öko-Systeme sind stark geschädigt, seit den achtziger Jahren liegt der Schadstoffeintrag deutlich über der Regenerationsfähigkeit der Natur.

Mitte des Jahrhunderts werden neun Milliarden Menschen auf der Erde herumtrampeln. Sie wollen, wer kann ihnen das verdenken, das Wohlstandsniveau der OECD-Staaten erreichen. Dafür müsste die Weltwirtschaft um das Fünfzehnfache wachsen, bis zum Ende des Jahrhunderts sogar um das Vierzigfache. Völlig undenkbar.

Vor 20 Jahren hätte der globale Klimawandel noch bei 1,5 Grad Celsius gestoppt werden können. Heute erscheint es fast unwahrscheinlich, das Zwei-Grad-Ziel noch zu erreichen. Bis zum Jahr 2050 müssen die Treibhausgase um 90 Prozent gesenkt werden. Doch trotz des Kyoto-Vertrages sind die schädlichen Kohlendioxidemissionen im letzten Jahrzehnt um 30 Prozent gestiegen. Der Inselstaat Tuvalu ist der erste, der aufgegeben werden muss, seine Einwohner haben in Neuseeland Asyl beantragt.

Die Ölvorräte sind zu mehr als der Hälfte erschöpft. Die Ölkatastrophe vor der Südküste der USA nach der Explosion der Deepwater Horizon, bei der täglich bis zu 40.000 Barrel – umgerechnet über 6 Millionen Liter – Rohöl ins Meer geflossen sind, ist eine Folge des Peak Oil. In den letzten drei Jahrzehnten wurden keine neuen großen Funde mehr gemacht, aber das Plateau der Förderung wurde 2005 erreicht. Um das Geschäftsmodell zu retten, blieben nur höchst riskante Tiefseebohrungen vor Afrika und Brasilien. Das Feld vor Rio de Janeiro liegt mit 7.000 Meter vier mal tiefer als im Golf von Mexiko, unverantwortlich. Kurz: Der Ende des fossilen Verkehrs, das Hochamt der Moderne, ist da, der Abstieg beginnt jetzt.

Metalle wie Gallium, Lithium oder Rhenium, die für den Bau von Flugzeugturbinen, Batterien und Solarzellen ungemein wichtig sind, gehen rasant zur Neige. Die „Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ gehört deshalb im Wachstumsdenken zum Aufgabenkatalog der NATO. Energie- und Ressourcenkonflikte bedrohen die Zukunft, werden zum Hauptgrund für Gewalt, Terrorismus und Krieg.

Auch ökonomisch werden Grenzen des Wachstums sichtbar. Seit den siebziger Jahren sinken in den Industriestaaten die Wachstumsraten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Sie werden künftig noch geringer ausfallen, zumal ein großer Teil des Wachstums der letzten Jahrzehnte auf Pump war, finanziert mit fremden Geld. Allein um die deutschen Rettungsmaßnahmen nach der Finanzkrise zu bezahlen, braucht unser Land in den nächsten 15 Jahren ein Wachstum von deutlich mehr als sechs Prozent pro Jahr. Reine Fiktion.

Zwischen 1998 und 2008, dem Beginn der Finanzkrise, kam Deutschland im Schnitt auf ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent, in den sechziger Jahren waren es 4,5 Prozent. 22 der 31 OECD Staaten verzeichneten im letzten Jahrzehnt nur noch ein lineares Wachstum, aber sie stellen die Sicherung der Sozialsysteme, die Beschäftigungspolitik und die Sanierung der Haushalte auf ein deutlich höheres Wachstum ab, meist auf jährlich drei Prozent.

Kindergärten, Sportstätten, Bildungsangebote, öffentliche Verkehrsmittel oder Theater, Oper und Bibliotheken, sie alle sind abhängig von einem Wachstum, das es immer weniger gibt. Mit dem Finanzkapitalismus haben die Ungleichgewichte dramatisch zugenommen, weil sein Grundzug eine Ökonomisierung ist, die auf öffentliche Güter wenig Rücksicht nimmt.

Die Vorgabe des Lissabon-Vertrages von jährlich drei Prozent Wachstum ist nicht machbar und auch nicht vorstellbar. Ein einfacher Taschenrechner zeigt das: Sie bedeutet in einem Menschenleben eine Verzwölfachung der Gütermenge.

Auch die Hoffnung auf mehr Arbeitsplätze ist trügerisch. Das heutige Wachstum vernichtet sie auf die gleiche Weise, wie es die Natur zerstört: durch Auszehrung. Die Produktionsfaktoren Arbeit und Natur werden von dem dritten, dem Kapital, gleichsam ausgesaugt. Seine ungezügelte Expansion schnürt ihnen die Luft ab. Die Arbeitsproduktivität hat sich längst vom Wirtschaftswachstum und von der Ressourcenproduktivität abgekoppelt. Dadurch wird Arbeit durch Technik ersetzt, ohne neue Beschäftigung zu schaffen. Und die Naturzerstörung hält an. Was werden die nächsten Folgen sein: die Zerstörung des Nationalstaats?, der Demokratie?, des Marktes?.

Global spitzt sich der Konflikt um Wachstum und Verteilung nahezu unlösbar zu. Die aufstrebenden Schwellenländer machen verständlicherweise nach, was die reichen Staaten vorgemacht haben: Wachstum, koste es, was es wolle, um ihren Einwohnern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und „aufzuholen“.

Die Länder des Südens brauchen dringend eine Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur. Doch ohne eine Kontrolle der Finanzmärkte, eine neue Qualität der Güterproduktion und mehr Verteilungsgerechtigkeit gerät Wachstum schnell an globale Grenzen. Aus der nachholenden Industrialisierung erwächst eine neue Qualität von Naturzerstörung und Ungleichheit.

Beispiel China: Dort leben trotz eines Wachstums von zuletzt 12 Prozent im Jahr 2009 rund 500 Millionen Einwohner am Rande oder unterhalb des Existenzminimums. Aufgrund seiner hohen Bevölkerungszahl und starken wirtschaftlichen Dynamik ist China bereits der größte

Emittent von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), obwohl ein Chinese pro Kopf „nur“ auf rund 4,3 Tonnen pro Jahr kommt, während ein Bürger der USA knapp 20 Tonnen erreicht. Dennoch muss auch China den CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis Mitte des Jahrhunderts halbieren, denn der darf zwei Tonnen pro Kopf nicht übersteigen.

Der Traum von der immerwährenden Prosperität ist vorbei. Unser Rendezvous mit dem Schicksal ist der Übergang in eine Wirtschaftsperiode, die von Knappheit und Endlichkeit geprägt wird. Doch die Regierung regiert nicht. Union und FDP haben einen Neuanfang versprochen, doch sie kommen nicht einmal mit sich selbst zurecht. Gegen die Not des Augenblicks wird eine künftig noch viel größere Not in Kauf genommen.

Die Bundesregierung folgt, wenn sie überhaupt zu einer Gemeinsamkeit fähig ist, dem Irrglauben, mit hohem Wachstum, funktionierenden Märkten und technischem Fortschritt könnte jedes Problem gelöst werden. Ohne Wachstum ist alles nichts, ist die Mantra von vorgestern, ein längst überholtes Paradigma. Für Kurt Biedenkopf ist das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der schwarz-gelben Bundesregierung ein Symbol des politischen Versagens.

Es geht um viel, wahrscheinlich sogar um alles. Wenn die Politik keinen Kurswechsel einleitet, droht ein Jahrhundert der Gewalt und Verteilungskämpfe. Deshalb brauchen wir eine neue Aufklärung. Die entscheidende Frage heißt: Wie können Demokratie und Freiheit, Wohlstand und Beschäftigung, Gerechtigkeit und Naturerhalt auch bei einem niedrigen und weiter absinkenden Wachstum gesichert und erweitert werden? Wie sieht eine Wohlfahrt aus, die auch Verzicht und Umverteilung einbezieht?

Von Deutschland und Europa muss eine neue Aufklärung ausgehen, um der Suggestion zu widerstehen, Wachstum sei die Antwort. Die Politik muss diese Dialektik der Aufklärung organisieren, um die falschen Behauptungen zu widerlegen und wirkliche Alternativen möglich zu machen.

Weg und Ziel sind eine nachhaltige Entwicklung, die zu einem gezielten Schrumpfen und einem gezielten Wachsen in unserem Land kommt. Die Idee der ökologischen Wissensgesellschaft, die sich an der Nachhaltigkeit orientiert, macht das möglich.

Eine nachhaltige Entwicklung beendet – auch durch einen Ausbau der ökologischen Finanzreform - das externalisierende Wirtschaften, das noch immer vorherrscht. Sie schafft durch mehr Sozialbindung, Kreativität und Flexibilität, vor allem durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, mehr Beschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und Zeitwohlstand. Sie macht durch ihre gerechtigkeitsorientierte Verteilung die Sozialsysteme dauerhaft finanzierbar. Sie senkt die Staatsverschuldung durch die Kürzung von Subventionen und eine gerechtere Staatsfinanzierung.